

**SPE**

EUROPÄISCHE  
SOZIALDEMOKRATIE

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI EUROPAS  
LISSABON, 7.-8. DEZEMBER 2018**

**GERECHT**

**FREI**

**NACHHALTIG**

**Unser progressives  
Europa**

**GERECHTE GESELLSCHAFTEN:  
FÜR EIN EUROPA DER GLEICHBERECHTIGUNG, IN DEM FRAUEN  
IHR POTENTIAL VOLL AUSSCHÖPFEN KÖNNEN**

**RESOLUTIONEN**



[www.pes.eu](http://www.pes.eu)  
[www.facebook.com/PES.PSE](https://www.facebook.com/PES.PSE)  
[www.twitter.com/PES\\_PSE](https://www.twitter.com/PES_PSE)

[#ProgressiveEurope](https://twitter.com/ProgressiveEurope)

GERECHTE GESELLSCHAFTEN:

# Für ein Europa der Gleichberechtigung, in dem Frauen ihr Potential voll ausschöpfen können

2017 und 2018 haben sich weltweit Frauen gemeinsam erhoben und der Welt erklärt, dass sie genug haben: genug davon, für die gleiche Arbeit weniger Geld als Männer zu verdienen, davon, nicht frei über ihren Körper verfügen zu können, davon, am Arbeitsplatz und auch sonst belästigt und misshandelt zu werden, und davon, zu Hause zu bleiben und traditionelle Rollen erfüllen zu müssen.

Es ist wahrlich an der Zeit, der anhaltenden Unterscheidung zwischen Frauen und Männern in Bezug auf die Achtung von Menschenrechten, den Zugang zu Chancen und Entscheidungsbefugnissen ein Ende zu setzen. Die Rechte der Frauen haben jedoch auch einen massiven Rückschlag von neokonservativen, fundamentalistisch-religiösen und rechtspopulistischen Kräften erfahren, und in vielen Fällen zwingt der anhaltende Mangel an angemessenen öffentlichen Dienstleistungen Frauen dazu, als Pflegekräfte zu Hause zu bleiben. Die SPE-Frauen und die SPE sind daher entschlossen, in und außerhalb der EU, allen Frauen beim anhaltenden Kampf für die Sicherung ihrer Rechte sowie beim Kampf gegen alle Arten von Diskriminierung und Stereotypisierung zur Seite zu stehen, die bereits im sehr frühen Alter beginnt.

Wir wollen die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen und Sektoren fördern. Dafür fordern wir eine

EU-weite Strategie zur Geschlechtergleichstellung, wie sie bereits durch die Europäische Kommission zugesichert und durch den Rat verlangt worden ist. Die SPE und SPE-Frauen fordern die EU außerdem dazu auf, bei der Erstellung des EU-Haushalts die Haushaltsmittel geschlechtsspezifisch zu veranschlagen (Gender Budgeting). Die EU muss nicht nur internationale Verpflichtungen wie beispielsweise die UN-Agenda 2030 (die für einen paritätischen Planeten sorgen soll) erfüllen, sondern hat auch Verantwortung gegenüber 52 % ihrer Bürger übernehmen und dafür sorgen, dass Frauen politisch, wirtschaftlich und sozial gleichberechtigt sind. Zu diesem Zweck müssen wir mit benachbarten Regionen, internationalen Organisationen und Initiativen zusammenarbeiten, um optimale Verfahren auszutauschen, gemeinsame Bereiche der Zusammenarbeit zu ermitteln und Synergien zu entwickeln, damit die Solidarität unter Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter auf internationaler Ebene gefördert wird.

## 1. Gewalt gegen Frauen beenden

Das vorherige Jahr hat gezeigt, dass es bei dem Kampf um Frauenrechte im Grunde um ihre körperliche und seelische Unversehrtheit geht. Im Zuge der wachsenden Bewegung #metoo haben Tausende von Frauen sich über die physische und psy-

chische Gewalt ausgesprochen, der sie tagtäglich zu Hause, bei der Arbeit, an öffentlichen Orten und in unseren Gemeinden ausgesetzt sind, und sich für deren Bekämpfung eingesetzt. Die Anzahl der betroffenen Frauen, die mit ihren Geschichten an die Öffentlichkeit gegangen sind, verdeutlicht, wie dringend wir politische Maßnahmen ergreifen müssen, um dafür zu sorgen, dass alle Frauen an jedlichen Gesellschaftsbereichen gleichberechtigt teilnehmen können, ohne Belästigung und Gewalt befürchten zu müssen.

Eine von drei Frauen in der EU hat seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche bzw. sexuelle Gewalt erfahren<sup>1</sup>. Dies verdeutlicht, dass wir alle Formen der sich gegen Frauen richtenden Gewalt bekämpfen müssen, darunter häusliche Gewalt, sexuelle Gewalt und Vergewaltigung, Menschenhandel, weibliche Genitalverstümmelung, sexuelle Belästigung, Zwangsheirat und sogenannte Ehrenverbrechen. Dies umfasst zudem die Bekämpfung psychischer Gewalt inklusive Stalking, verbalen Beschimpfungen in der Öffentlichkeit und im Internet sowie die Bekämpfung pornografischer Objektivierung von Frauen und deren Negativdarstellung in sexistischer Werbung. Darüber hinaus müssen Entscheidungsträger und die Gesellschaft insgesamt umfassende Lösungen finden, um nicht nur der Trivialisierung solcher Handlungen mithilfe von Schulungsprogrammen und Sensibilisierungsmaßnahmen ein Ende zu setzen, sondern auch, um die Straflosigkeit der Täter zu beenden und Maßnahmen zur Abschreckung und Kriminalisierung durch Gesetzgebung sowie wirksamer Vorschriften umzusetzen.

Die SPE und SPE-Frauen halten alle EU-Mitgliedstaaten dazu an, die Istanbul-Konvention zu ratifizieren

und umzusetzen, welche 2011 durch den Europarat vorgestellt wurde, um Europa zu einem sichereren Ort für alle Frauen zu machen, indem vielfältige Formen geschlechtsspezifischer Gewalt anerkannt, Maßnahmen zu ihrer Verhinderung ergriffen, die Opfer geschützt und die Täter strafrechtlich verfolgt werden. Die Ratifizierung der Istanbul-Konvention und deren Umsetzung in nationales Recht ist das einzige Mittel, mit dem Europa den Schutz und die Sicherheit aller Frauen, Mädchen und gefährdeten Gruppen in Europa gewährleisten kann, darunter auch Flüchtlingsfrauen, Migranten und Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (LGBTI), die in Europa ankommen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen ihre Maßnahmen zur Eliminierung sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt und des Machtungleichgewichts zwischen Frauen und Männern sowie zur Achtung, Förderung und Umsetzung von Frauenrechten in allen Politikbereichen verstärken.

## 2. Mein Körper, meine Rechte

Abzulehnen, Frauen selbst über ihren Körper bestimmen zu lassen, oder sich zu weigern, ihnen Zugang zu jedweder Art von medizinischer Versorgung zu gewähren, untergräbt die Förderung und Achtung ihrer Grundfreiheiten und -rechte. Abtreibungen zu verbieten oder einer Frau den Zugang zu einer sicheren Abtreibung beinahe unmöglich zu machen, hat noch nie verhindert, dass Abtreibungen stattfinden. Stattdessen wird das Leben von Frauen dadurch nur schwerer und gefährlicher, da sie in dem Fall gezwungen sind, Abtreibungen heimlich unter unhygienischen Bedingungen vornehmen zu lassen und dabei ihre Gesundheit und ihr Leben

<sup>1</sup> <http://fra.europa.eu/en/publication/2014/violence-against-women-eu-wide-survey-results-glance>

zu riskieren, oder in ein anderes Land zu reisen, in dem legale Abtreibungen verfügbar sind. Deshalb müssen wir Schulungen, Infrastruktur und Sensibilisierungsmaßnahmen im Hinblick auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte dringend mehr Mittel zuteilen, ihnen Vorrang einräumen, und sie zusätzlich in Zusammenhang mit der sozialen und wirtschaftlichen Emanzipation und Unabhängigkeit von Frauen stellen. Die Prävention und umfassende Sexualerziehung für alle Jugendlichen, Mädchen und Jungen innerhalb und außerhalb der Schule sollte mehr im Vordergrund stehen. Dies wird ihnen, auch in ländlichen Gegenden, bessere Kenntnisse verleihen, damit sie Entscheidungen über ihren Körper, ihre Gesundheit und ihr Leben treffen und gesunde sexuelle und soziale Beziehungen eingehen können. Gleichzeitig muss die Förderung von sexueller und reproduktiver Gesundheit und der entsprechenden Rechte zur Norm werden, die auch den Zugang zu bezahlbarer, sicherer und legaler Abtreibung für Frauen in der gesamten EU umfasst. Wir möchten, dass sexuelle und reproduktive Gesundheit und die dazugehörigen Rechte in das EU-Gesundheitsprogramm aufgenommen werden. Jedes Land sollte Frauen bezahlbare Empfängnisverhütungsmittel und Betreuungsdienste zur Verfügung stellen. Die SPE und SPE-Frauen werden auch weiterhin für diese Rechte in allen Ländern kämpfen. Wir müssen europaweite Initiativen unterstützen, wie z.B. die AllofUs-Plattform<sup>2</sup>, die gegen Falschinformationen vorgehen.

### 3. Geschlechtsspezifische Unterschiede beseitigen

Trotz des langsamen, aber stetigen Fortschritts bei der Geschlechtergleichstellung in den letzten zehn Jahren war 2017 kein erfolgreiches Jahr. Tatsächlich ist die Kluft zwischen Frauen und Männern in den Bereichen Gesundheit, Ausbildung, Politik und Wirtschaft zum ersten Mal seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 2006 größer geworden<sup>3</sup>. Die EU muss diesen Trend rückgängig machen und bei der Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen zum Vorreiter werden. Sie müssen angemessen in Entscheidungsinstanzen vertreten

sein, was mit der Eliminierung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles und seiner Grundursachen seinen Anfang nehmen muss. Angesichts eines geschlechtsspezifischen Lohngefälles von 16 % und einer Pensionslücke von 39 % in Europa werden die SPE-Frauen und die SPE auch weiterhin klare und verbindliche Zielvorgaben (2 Prozentpunkte in jedem Jahr je Mitgliedstaat und je Altersgruppe), eine Prüfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles in Europa, Lohntransparenz, ein Equal Pay-Label und abschreckende Sanktionen bei Nichteinhaltung fordern. Die SPE und SPE-Frauen fordern die EU und alle Mitgliedstaaten auf, das geschlechtsspezifische Lohngefälle bis 2030 zu eliminieren.

Die EU muss außerdem dafür sorgen, dass Frauen und Männer einen angemessen ausgewogenen Ansatz beim Anteil bezahlter und unbezahlter Arbeit (wie z. B. Betreuungsverantwortung) verfolgen können. Ein ambitionierterer europäischer Rechtsrahmen, z. B. der durch die Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, würde die EU und ihre Mitgliedstaaten in die Lage versetzen, die Grundursachen des Lohngefälles zu eliminieren, einschließlich Situationen, in denen Frauen gezwungen sind, eine Teilzeitarbeit anzunehmen oder ihre Laufbahn zu unterbrechen. Fehlende Freistellungssysteme und Infrastrukturen wie beispielsweise bezahlbare und hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder von der Geburt bis zum Schulalter und Betreuungsdienste für betreuungsbedürftige Personen, die es Frauen und Männern gestatten würden, Aufgaben im Beruf und im Privatleben zu kombinieren, führen zu anhaltender Geschlechtertrennung in schlechter bezahlten Branchen (die bereits in sehr jungen Jahren beginnt) und der Beibehaltung der gläsernen Decke. Zudem sind konkrete Maßnahmen zur aktiven Unterstützung der Beschäftigungsverhältnisse von Frauen erforderlich, zum Beispiel formelle und informelle Bildung und Programme, welche jungen Menschen die Wahl ihres Berufs frei von geschlechtsspezifischen Vorurteilen ermöglichen und gleichzeitig einen existenzsichernden Lohn und menschenwürdiges aktives Altern gewähr-

<sup>2</sup> <https://twitter.com/joinallofus>

<sup>3</sup> <https://www.weforum.org/reports/the-global-gender-gap-report-2017>

leisten. Lücken in nationalen Steuersystemen müssen zur Reduzierung wirtschaftlicher Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern geschlossen werden. Europa muss außerdem dringend die politische Teilnahme von Frauen erhöhen und gewährleisten sowie Gleichstellungsvorbilder für junge Mädchen in allen Sektoren durch gezielte Aktionen fördern. Europa muss nationale und europäische Parteien und Institutionen in der Erzielung einer paritätischen Demokratie und in der Entwicklung stärker geschlechtersensibler politischer Programme bestärken.

Um diese Ziele zu erreichen und Geschlechternormen infrage zu stellen und zu ändern, bleibt Gender Mainstreaming entscheidend, da es die Gesellschaft als Ganzes betrifft. Daher ist ein intersektioneller Ansatz bei der Gleichstellung der Geschlechter unvermeidbar. Jeder Schritt im politischen Entscheidungsprozess muss die Vertretung der Geschlechter und gendergerechte Inhalte berücksichtigen, einschließlich Gender Budgeting. Demzufolge müssen wir die EU und ihre Mitgliedstaaten zur Rechenschaft ziehen und Projektenfinanzierungen der Frauenbewegung sichern, zum Beispiel durch das neue Daphne-Programm. Nur dadurch können wir eine gleichberechtigte und aktive Vertretung von 52 % der Weltbevölkerung erzielen, sodass Frauen nicht nur an Einflussstärke gewinnen, sondern sie sich auch zu Eigen machen können, damit nachhaltige Gleichberechtigung erzielt werden kann.





Austria SPÖ



Belgium PS



Belgium SPA



Bulgaria BSP



Croatia SDP



Cyprus EDEK



Czech Republic  
CSSD



Denmark SD



Estonia SDE



Finland SDP



France PS



Germany SPD



Greece PASOK



Hungary MSZP



Ireland Labour



Partito Democratico  
Italy PD



Partito Socialista  
ITALIANO  
PSI



Saskaņa  
Sociāldemokrātiskā partija



Lithuania LSDP



Luxembourg  
LSAP



Malta Labour



Netherlands  
PvdA



Social Democratic and Labour Party  
N.Ireland SDLP



Norway LP



Poland UNIA  
PRACY



Poland SLD



Partido Socialista  
Portugal PS



Romania PSD



Slovakia SMER



Slovenia SD



Spain PSOE



Sweden SAP



UK Labour

Follow us on [www.facebook.com/pes.pse](http://www.facebook.com/pes.pse)  
and [www.twitter.com/pes\\_pse](http://www.twitter.com/pes_pse).

**Party of European Socialists (PES)**

**10 – 12 Rue Guimard  
1040 Brussels  
Belgium**

**T +32 2 548 90 80  
info@pes.eu  
AISBL-BBCE-N 0897.208-032**

**This publication received financial support of the European Parliament. Sole liability rests with the author and the European Parliament is not responsible for any use that may be made of the information contained therein. This Brochure was printed on a recycled paper with environmental safe water based inks.**

**December 2018**